

Kurzanalyse: CDU Grundsatzprogramm

Die CDU hat auf ihrem Parteitag ein neues Grundsatzprogramm beschlossen, das die Basis für das Regierungsprogramm 2025 werden soll. Tieferliegende Konflikte in der Finanz- und Sozialpolitik wurden weitgehend ausgeklammert und auf das Regierungsprogramm verlagert.

Teilweise Rückabwicklung der Ära Merkel

Die CDU verabschiedet sich in weiten Teilen ihres Grundsatzprogramms vom Kurs der Ära Merkel. Dies betrifft eine deutlich auf Bedrohung fixierte Migrationspolitik, den Appell an „keine Denkverbote“ beim Thema Wehrpflicht sowie ein angedeutetes Comeback der Atomkraft. Soziale Errungenschaften, die während Merkels Kanzlerschaft eingeführt wurden wie der Mindestlohn oder die Rente nach 45 Beitragsjahren werden weitgehend totgeschwiegen. Der Sound ist konservativ, teilweise ruppig. Der Markt wird als universeller Problemlöser beschrieben. Dies betrifft nicht nur die Wirtschafts- und Klimapolitik, sondern mit der verpflichtenden kapitalgedeckten Altersvorsorge sogar die Alterssicherung. Mit dem Programm schwören Merz und Linnemann die Partei auf einen Mitte-Rechts-Kurs ein.

Der Begriff der Leitkultur kehrt deutlich gestärkt zurück. Er ist ausdefiniert als Achtung der Würde des Menschen, Achtung des Rechtsstaats, des Bewusstseins von Heimat und dem Schutz des Existenzrechts Israels. Alle Menschen, die hier leben müssten diese Leitkultur anerkennen. Nur Muslime, die „unsere Werte“ teilen gehören zu Deutschland. Politischer Islam, Rechtsextremismus und Linksextremismus werden immer wieder gleichgestellt und als gleichrangige Bedrohungen dargestellt.

Die Begriffe Leitkultur und Islam tauchen deutlich häufiger auf als Löhne oder Klimaschutz. Dies trifft den Geist des Programms, der die Zukunft des Landes eher als eine Rückkehr in ein früheres Deutschland mit ein bisschen mehr Technologie beschreibt.

Das Programm wird mit einem christlichen, sozialen, liberalen und konservativem Menschen- und Gesellschaftsbild begründet. Deutlich wird zwischen den Zeilen jedoch, dass die Union nicht nur als Partei, sondern auch für Deutschland eine deutliche Repositionierung hin zu konservativen Werten vornehmen möchte und ihre politische Aufgabe vor allem darin sieht innere Sicherheit und Ordnung in Deutschland herzustellen.

Fleiß und Leistung als Kulturkampf ohne Konkretes für die arbeitende Mitte

Die CDU wendet sich im Programm der arbeitenden Mitte zu und setzt auf das Motiv Leistung. Wer Sozialhilfe empfängt und arbeiten kann, müsse arbeiten. An mehreren Stellen wird auf den Wert von Fleiß und Leistung abgehoben, der belohnt werden müsse. Die arbeitende Mitte müsse von Steuern, Sozialabgaben und Bürokratie befreit werden. Leistung hat also auch eine materielle Komponente, ist für die CDU aber vor allem ein Identitäts- und Abgrenzungsmerkmal. Hier

bestätigt sich, dass die CDU unter Merz den Kampf um die arbeitende Mitte eher als Identitäts- und Kulturkampf führen möchte.

Wirtschaftspolitik über Rahmenbedingungen statt über Investitionen

Staatliche Investitionen spielen sowohl in der Stärkung der Industrie als auch in der Wirtschaftspolitik insgesamt keine herausgehobene Rolle. Wirtschaftliche Stärke soll allein durch bessere Rahmenbedingungen erreicht werden. Insbesondere durch niedrige Steuern, weniger Vorschriften und die Förderung von Technologie. Dabei legt die Partei einen deutlichen Fokus auf kleine- und mittelständische Unternehmen. Industriepolitische Ansätze sind nicht zu erkennen.

Rückkehr der Kernkraft – Klimaschutz eher unter ferne liefern

Deutschland könne zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten. Erneuerbare Energien werden langfristig nicht ausreichen, um Energie bezahlbar und sicher zu machen. Die CDU setzt so klar und stark wie noch nie auf den Emissionshandel als Kernelement zur Erreichung der Klimaziele. Einnahmen müssten für eine bessere Akzeptanz an untere Einkommen zurückverteilt werden. Das Kapitel zur Klima- und Energiepolitik ist nicht nur auffällig weit hinten. Es ist inhaltlich auch das schwächste Kapitel.

Renteneintrittsalter hoch und verpflichtende Aktienrente

Zur Rente gibt es zahlreiche sehr verklausulierte Formulierungen, die für harte Kämpfe hinter den Kulissen sprechen. Das Renteneintrittsalter soll eher erhöht werden „(spricht viel dafür“) und an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Eine verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge soll eingeführt werden. Geringverdiener sollen dabei bezuschusst werden. Zukünftig soll wer 45 Jahre Vollzeit zum Mindestlohn gearbeitet oder Kinder erzogen deutlich über Grundsicherungsniveau bekommen. Ein Bekenntnis zur Rente mit 63 (nach 45 Beitragsjahren) fehlt und wurde explizit aufs Regierungsprogramm und ein eigenes Rentenkonzept verlagern. Im Gesundheitssystem soll für eine bessere Finanzierungssituation die „Eigenvorsorge“ gestärkt werden. Ein effizienterer Sozialstaat soll sicherstellen, dass er finanzierbar bleibt. Hier wurden bewusst Formulierungen gewählt in die vom Sozialflügel bis Sozialabbau-Unterstützungen ihre jeweiligen Positionen hineininterpretiert werden können.

Kaum außenpolitischer Gestaltungsanspruch

Es ist auffällig wie wenig ambitioniert die außenpolitischen Passagen des CDU-Programms sind. Hier gibt es keine echte neue Idee oder einen größeren Gestaltungsanspruch jenseits der Betonung und Stärkung bestehender Bündnisse und eine sich verschärfende Realität mit China. Ein gemeinsamer atomarer Schutzschirm ragt als Einzelforderung heraus.

Nach einer emotionalen Debatte wurde auf dem Parteitag die schrittweise Wiedereinführung der Wehrpflicht gefordert, die ursprünglich nicht im Programmentwurf enthalten war. Bis zur Einführung eines gesellschaftlichen Pflichtjahrs solle eine „Kontingentwehrpflicht“ eingeführt werden. Ein Konzept dahinter fehlt.

Die Unterschiede zwischen den Parteien werden deutlicher

Gerade im Kontrast mit dem SPD Parteitag vom Wochenende wird deutlich, dass die Unterscheidbarkeit zwischen CDU und SPD im Stil, Menschenbild aber auch in der Politik selbst wieder deutlich größer werden. Investierender Staat vs. der Markt wird es regeln. Soziale Sicherheit vs. Sozialabbau. Respekt vs. Leitkultur. Wir haben allen Grund diese Auseinandersetzung selbstbewusst zu führen.